

o.714.0 - REA/SMA

Bern, 28. September 1989

Notiz an Herrn Botschafter J.P. Keusch

Ihr Besuch in den Vereinigten Staaten  
vom 6. bis 13. Oktober 1989

---

In der Beilage erhalten Sie wunschgemäss ein Dossier in randvermerkter Angelegenheit mit folgenden Beiträgen und Dokumenten:

- Notiz samt einer Beilage für Ihr Treffen mit dem Stellvertretenden Generalsekretär der UNO, Marrack I. Goulding.
- Notiz mit verschiedenen Beilagen für Ihr Treffen mit dem Rechtsberater der UNO, Carl-August Fleischhauer.
- Notiz samt Beilage für Ihr Treffen mit dem Generaldirektor für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, Antoine Blanca.
- Notiz einschliesslich einer Beilage für Ihr Treffen mit dem Kontrolleur der Finanzdienste der UNO, L.M. Gomez.
- Notiz für Ihr Treffen mit dem Exekutivdirektor der UNITAR, Michel Doo Kingué.
- Notiz für Ihr Treffen mit dem Chef der amerikanischen UNO-Mission, Pickering, und mit dem Beigeordneten Staatssekretär für internationale Organisationen, Bolton.
- Bericht des Generalsekretärs über die Aktivitäten der Organisation.

- 2 -

- Instruktionen für die 44. Session der Generalversammlung der Vereinten Nationen

Sie werden zu einem späteren Zeitpunkt noch einen Beitrag bezüglich Ihr Treffen mit dem Stellvertretenden Generalsekretär für Abrüstungsfragen, Yashushi Akashi, erhalten. Der Dienst für politische Sonderfragen bereitet einen entsprechenden Text vor.

Sektion Vereinte Nationen und internationale Organisationen

Erwin H. Hofer

Kopie mit Beilagen, aber ohne Anhänge, Bericht des Generalsekretärs und Instruktionen:

- GWB
- HER, REA

o.714.0 - REA/SMA

Bern, 27. September 1989

Besuch von Botschafter Jean-Pierre  
Keusch in den Vereinigten Staaten  
vom 6. bis 13. Oktober 1989

---

Treffen mit dem Stellvertretenden  
Generalsekretär der Vereinten Nationen,  
Marrack I. Goulding, zuständig für die  
friedenserhaltenden Operationen: Gesprächspunkte

Anlässlich Ihrer Gespräche mit Herrn Goulding könnten folgende  
Themen zur Sprache kommen:

1. Der Einsatz schweizerischer Militärbeobachter

a) Grundsätzliches

Der Bundesrat hat mit Beschluss vom 22. Februar 1989 ausdrücklich festgehalten, dass die Eidgenossenschaft grundsätzlich bereit ist, ab 1. Januar 1990 schweizerische Militärbeobachter an friedenserhaltende Aktionen zu entsenden. Mit der Verabschiedung des Massnahmenpaketes für Beiträge der Schweiz auf dem Gebiet friedenserhaltender Operationen im Jahre 1990 bewilligte er zur Konkretisierung dieses Vorhabens Mittel in der Höhe von 1,5 Mio Franken. Die zuständigen Stellen im EDA und im EMD sind mit den Vorbereitungen - inklusive Ausbildung - soweit, dass ab dem 1. Januar 1990 mindestens fünf schweizerische Militärbeobachter für einen Einsatz im Rahmen einer friedenserhaltenden Operation der UNO abrufbereit sind.

Was den Einsatzort betrifft, sind wir nach wie vor der Meinung, dass die UNTSO im Nahen Osten für einen Einstieg ideal wäre.

b) Konkrete schweizerische Anliegen

Nachdem unsere Vorbereitungen weit gediehen sind und die Öffentlichkeit über unsere Absichten informiert worden ist, sind wir bestrebt, die Militärbeobachter 1990 auch tatsächlich zu entsenden.

Zur rechtzeitigen Auslösung eines Einsatzes benötigen wir eine Vorbereitungszeit von rund zwei Monaten, da neben den praktischen Vorbereitungen vom Bundesrat das Einverständnis für einen konkreten Einsatz eingeholt werden muss. Deshalb wären wir dankbar, wenn Sie Herrn Goulding die Frage des Einsatzortes sowie die Frage des Beginns eines Einsatzes stellen könnten.

2. Die schweizerische Beteiligung in der UNTAG

a) Grundsätzliches

Die Entsendung einer schweizerischen Medizineinheit im Rahmen der UNTAG bildet die grösste schweizerische Leistung, die je auf diesem Gebiet beschlossen wurde. Bisher verlief diese Operation schweizerischerseits positiv.

Nachdem wir nun eine Stellungnahme von der UNO betreffend den Notenaustausch für den Einsatz der Sanitätseinheit erhalten haben, dürfte dieser, nach Gutheissung durch den Bundesrat, bis Ende dieses Jahres vollzogen werden.

Was die Entsendung schweizerischer Wahlbeobachter betrifft, haben wir auf ein erstes Gesuch des UNO-Generalsekretärs hin vierundzwanzig Kandidaten rekrutiert, die zusammen mit sechs Reservekandidaten vom 30. September bis 5. Oktober 1989

einen Ausbildungskurs in Schönried absolviert haben. Im Anschluss an ein neues Gesuch der UNO um Erhöhung der Zahl der schweizerischen Wahlbeobachter auf 40 hat die DIO nach Rücksprache mit dem Departementschef der Mission mitgeteilt, dass der UNTAG 28 Wahlbeobachter zur Verfügung gestellt werden. Ein Notenaustausch betreffend die Wahlbeobachter wird im Oktober der UNO zur Stellungnahme unterbreitet.

b) Konkretes schweizerisches Anliegen

Grundsätzlich wären wir daran interessiert, von Goulding eine Lagebeurteilung über Namibia im allgemeinen und über die schweizerischen Leistungen im besonderen zu erhalten. Schliesslich wären wir dankbar, wenn wir Antworten auf Fragen bezüglich der Modalitäten des Refundierungsprozesses erhalten würden. Zu welchem Zeitpunkt soll es zu diesen "Verhandlungen" kommen und welches wird das genaue Prozedere sein. (Vgl. dazu auch Notiz betreffend die Unterredung mit Gomez)

3. Massnahmenpaket für 1989

Dem Anhang können Sie die schweizerischen Leistungen für 1989 entnehmen. Diese wurden bis auf eine Ausnahme (Mali-Burkina Faso vgl. dazu Text für Gespräch mit Fleischhauer, der für dieses Dossier zuständig ist) zur schweizerischen Zufriedenheit konkretisiert. Wie beurteilt Goulding die Erfahrungen mit dem schweizerischen Massnahmenpaket?

4. Massnahmenpaket für 1990

Die schweizerischen Leistungen für 1990 haben wir im Anschluss an den Entscheid des Bundesrates vom 28. Juni 1989 der UNO bekanntgegeben. (Vgl. dazu die Uebersicht im Anhang).

Bis Ende Jahr werden wir die Elemente des Paketes bereinigen und die Resultate per Note der UNO mitteilen, wie wir das für die Lieferung der Chiffriergeräte bereits vollzogen haben.

Des weiteren werden wir angesichts der Finanzschwierigkeiten der UNO auf diesem Gebiet die finanziellen Beiträge an die UNFICYP und die UNIFIL bereits im Januar ausbezahlen. Ausgenommen von diesem Vorgehen ist die zusätzliche eine Million Franken für die UNFICYP, welche wir gemäss dem Bundesratsbeschluss Ende 1990 überweisen werden, sofern die UNO keine anderwertigen Wünsche äussert.

#### 5. Massnahmenpaket für 1991

In den ersten Monaten des Jahres 1990 werden wir die Grundlagen für das Massnahmenpaket von 1991 vorbereiten und zu diesem Zweck Kontakt mit der UNO aufnehmen.

Anhang: - Schweizerische Beiträge für 1989 und 1990

o.718.12 - REA/SMA

Bern, den 7. September 1989

Schweizerische Beiträge an die friedenserhaltenden  
Aktionen der Vereinten Nationen (ausgenommen UNTAG)

		1989	1990
Finanzbeiträge	UNFICYP UNIFIL Kosten für Grenzmarkierung Mali - Burkina Faso	2 Mio. 2,5 Mio. 600'000.--	3 Mio. 2,5 Mio.
Dienstleistungen und Material- lieferungen	UNTSO-Flugzeug UNIIMOG-Flugzeug Ambulanzdienst REGA Kleinkläranlage Chiffriergeräte	3,5 Mio. 2,5 Mio. 500'000.-- 100'000.-- 300'000.--	3,7 Mio. 2,8 Mio. 500'000.-- 1 Mio. *
Personal	Militärische Beobachter (6 Of in rotationsweisen Einsätzen)	--.--	1,5 Mio.
Total		12,0 Mio.	15,0 Mio.

\* Bestimmt für die Finanzierung eines weltweiten Uebermittlungsnetzes zwischen UNO-Kontingenten, geliefert durch eine Schweizer Firma.

o.714.0 - KRC/BMR

Berne, le 27 septembre 1989

Voyage aux Etats-Unis de l'ambassadeur  
Jean-Pierre Keusch, Directeur de la di-  
rection des organisations internationa-  
les, du 6 au 13 octobre 1989

---

Rencontre avec M. Carl-August Fleischhauer,  
Sous-secrétaire général et Conseiller ju-  
ridique des Nations Unies

---

#### Points de discussion

Lors de votre rencontre avec M. Fleischhauer, les points sui-  
vants pourraient être abordés :

1) Relations juridiques entre la Suisse comme Etat hôte et l'ONU

Dans ce domaine, nous entretenons d'excellentes relations  
avec l'ONU et toutes les organisations internationales ayant  
leur siège en Suisse sont au bénéfice d'un accord de siège.

Depuis que la question de l'imposition des interprètes et  
traducteurs engagés à l'ONU pour de courtes périodes a été  
réglée (voir annexe 1 lettre de BRF du 1er mai 1989), le seul  
point de discussion en suspens concerne le problème des det-  
tes impayées de nombreux fonctionnaires internationaux et  
membres de missions permanentes ou de missions permanentes.



## 2) OLP-Palestine et Conventions de Genève

En vertu de l'article 102 de la Charte des Nations Unies, les adhésions aux Conventions de Genève doivent être enregistrées par le Secrétariat. Toutefois, le Conseil fédéral ayant décidé qu'il ne lui appartenait pas de trancher le point de savoir si la requête palestinienne devait être considérée comme un instrument d'adhésion à ces Conventions, il a été demandé à l'ambassadeur Chenaux-Repond de contacter à New-York M. Fleischhauer pour lui remettre, à titre d'information personnelle et non pour enregistrement, la note approuvée par le Conseil fédéral destinée à être adressée aux Gouvernements des Etats parties aux Conventions de Genève. Il s'agirait donc, le cas échéant, de compléter les informations données sur cette question par l'ambassadeur Chenaux-Repond (voir annexe 2 : note d'information approuvée par le Conseil fédéral, annexe 3 : Communiqué de presse).

## 3) Statut de la Suisse à l'ONU comme Etat non membre

Les tentatives de l'OLP de renforcer son statut à l'ONU ont abouti à un blocage de la situation aux Nations Unies. Il s'agit, en conséquence, de rappeler à M. Fleischhauer que le statut accordé à l'OLP ne doit pas porter préjudice aux Etats observateurs et, en particulier, à leur possibilité de participer aux activités de certains organes de l'ONU, à des conférences diplomatiques (par exemple Conférence sur l'environnement en 1992) ou aux séances préparatoires de Conférences internationales sous les auspices de l'Organisation des Nations Unies.

## 4) Droit humanitaire

Les Nations Unies publient régulièrement, par notre intermédiaire, l'état des ratifications et adhésions aux protocoles additionnels. Il s'agit donc de saisir l'occasion de cette

rencontre pour remercier M. Fleischhauer de l'intérêt qu'il porte à la promotion du droit humanitaire et pour l'encourager à continuer dans cette voie, en l'assurant que notre pays entend poursuivre ses activités dans ce sens. Dans la mesure où l'ambassadeur Chenaux-Repond ne l'a pas encore fait, vous pourriez remettre à M. Fleischhauer le texte de l'appel du Conseil fédéral à l'occasion du 125ème anniversaire de la première Convention de Genève (annexe 4).

5) Bornage de la frontière Mali - Burkina Faso

Suite à la demande du Secrétaire général des Nations Unies, le Conseil fédéral a décidé, en adoptant le premier paquet de mesures dans le cadre de l'élargissement de la participation de la Suisse aux actions de maintien de la paix, de prendre en charge les coûts de la démarcation de la frontière entre le Mali et le Burkina Faso. Cette question a été intégrée dans le premier paquet de mesures à la demande de Monsieur Fleischhauer. Il s'agit donc, en complément des contacts que l'Ambassadeur Chenaux-Repond a déjà eus à ce sujet, de saisir l'occasion de cette rencontre pour demander à M. Fleischhauer quels sont les derniers développements de cette action (en annexe 5, lettre adressée aux représentations suisses concernées).

6) Divers

Le ministre Blaise Godet devant se rendre à New York en marge des travaux de la 6ème Commission, début novembre, il aura certainement l'occasion d'aborder d'éventuelles autres questions plus techniques.

- Annexes :
1. Lettre de BRF du 1er mai 1989. Imposition des interprètes
  2. Note d'information destinée aux Etats parties aux Conventions de Genève
  3. Communiqué de presse OLP-Conventions de Genève
  4. Appel du Conseil fédéral à l'occasion de 125ème anniversaire de la Conventions de Genève de 1864, en français et en anglais
  5. Lettre adressée aux représentations suisses concernées, bornage frontière Mali - Burkina Faso

o.714.0 - HER/SMA

Bern, 26. September 1989

Besuch von Herrn Botschafter  
Jean-Pierre Keusch am Sitz der  
Vereinten Nationen in New York  
vom 6. bis 13. Oktober 1989

Treffen mit Antoine Blanca, Generaldirektor für Entwicklung und  
internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit: Gesprächspunkte

1. Wirtschaftliche Veranstaltungen der Vereinten Nationen

Für die Schweiz bedeutsam sind insbesondere die Vorbereitungen für eine Wirtschaftssondersession der UNO-Generalversammlung im April 1990 sowie die Arbeiten im Hinblick auf die Verabschiedung der Vierten UNO-Entwicklungsdekade durch die 45. Session der Generalversammlung im Herbst 1990. In substantieller Hinsicht macht sich hier die Schweiz jene Positionen zu eigen, die eine OECD-Arbeitsgruppe, an der wir vollberechtigt mitwirken, festgelegt hat (Beilage).

Bezüglich unseres Status haben wir ein Interesse daran, an den Vorbereitungsarbeiten der Session und der Dekade soweit wie möglich teilzunehmen. Unsere Beobachtermission hat dafür die notwendigen Voraussetzungen geschaffen. Es gilt nun aber, gegenüber Blanca unser Interesse nochmals ausdrücklich in Erinnerung zu rufen.

Bezüglich der Sondersession im April 1990 käme es uns gelegen, wenn der Präzedenzfall der Sondersession über Abrüstung und Entwicklung im Jahre 1988 wieder zum Tragen käme. Dort hatte die Schweiz Gelegenheit, im Plenum als Beobachter eine Erklärung abzugeben.

## 2. Rolle des ECOSOC

In Anbetracht der bescheidenen Fortschritte, die bisher im Rahmen der Anstrengungen zur Revitalisierung des ECOSOC erzielt worden sind, wäre es interessant, von Blanca zu erfahren, wie er die Perspektiven beurteilt, dass der ECOSOC wieder vermehrt seine koordinierende Rolle im Bereich von Wirtschafts- und Sozialfragen wahrzunehmen vermag.

## 3. Pro memoria: Umweltfragen

Als Generaldirektor für Wirtschaftsfragen ist Blanca auch für die Zweite Kommission der Generalversammlung zuständig, die sich neben dem Plenum mit Umweltfragen befasst. Im Lichte des Papierses der Umweltsektion wäre es daher empfehlenswert, diesen Fragenkreis mit Blanca eingehend zu erörtern. Aus unserer Sicht stünde dabei die Frage im Vordergrund, welche institutionellen Massnahmen die UNO in die Wege leiten will, um die neuen Aufgaben im Bereich der Umwelt zu bewältigen. Daneben gilt es auch, die bekannten hängigen Probleme bezüglich der Konferenz von 1992 aufzugreifen (Sitz des Vorbereitungssekretariats, Konferenzort).

Beilage: erwähnt

o.714.0 - SRO/BMR

Berne, le 27 septembre 1989

Visite de l'Ambassadeur J.-P. Keusch  
à New York, 6 au 13 octobre 1989

---

Entretien avec M. L.-M. Gomez,  
Contrôleur des Services financiers,  
Département de l'administration et  
de la gestion

---

Lors de votre entretien avec M. Gomez, vous pourriez aborder les points suivants :

1. GENEVE et la FIPOI

a) Immeuble de Montbrillant

La Fondation des immeubles pour les organisations internationales (FIPOI) a préparé, pour répondre aux besoins annoncés par le HCR et l'ONU, un projet de nouvel immeuble administratif à Montbrillant avec 720 places de travail d'un montant de 121 millions. La procédure parlementaire, qui est en cours, devrait se terminer le 15 décembre prochain, par l'attribution du crédit nécessaire à la construction. Selon la planification, le HCR et l'ONU pourraient, en principe, prendre possession des nouveaux locaux fin 1993 - début 1994, période à partir de laquelle le loyer courra.

Il s'agirait avant tout de rappeler que la Suisse portait de l'idée que, pour Montbrillant, les modalités habituel-

les dans le cadre de la FIPOI pour les loyers étaient pleinement acceptées et respectées. Dans ce contexte, il serait dès lors intéressant de savoir si des dispositions ont déjà été prises au sein des Nations Unies quant aux loyers.

b) La Suisse en tant qu'Etat-hôte

La Suisse est souvent sollicitée pour l'établissement de nouvelles organisations internationales à Genève où les disponibilités de terrains, de bureaux et de logements sont de plus en plus restreintes.

Pour permettre néanmoins un développement normal des organisations sises à Genève, une étude a été entreprise pour faire le bilan \* de la présence internationale à Genève et pour dresser les besoins futurs, à moyen terme, de ces organisations, besoins estimés à environ 44'000 m<sup>2</sup>.

Devant les difficultés de trouver et de financer des acquisitions de sols aussi importantes, la question s'est posée, au vu des réserves de terrains existants dans l'enceinte du Palais des Nations à Genève (122'060 m<sup>2</sup> avec servitudes), s'il ne serait pas possible d'étudier avec l'ONU la possibilité de céder du terrain à l'usage d'un bâtiment pour l'un de ses organes ou l'une des organisations spécialisées du système onusien.

Dès lors, il s'agirait de lancer cette idée pour que le Secrétariat des Nations Unies puisse se livrer à des réflexions préliminaires en la matière qui pourraient être approfondies ultérieurement à Genève.

---

\* Depuis 1964, la Suisse a prêté, à travers la FIPOI, environ 415 millions de francs pour mettre à disposition des organisations internationales 1,3 million de m<sup>2</sup> de terrain sur lesquels près de 2,5 millions de m<sup>3</sup> ont été construits.

## 2. La situation financière des Nations Unies

La situation financière de l'ONU continue à être préoccupante non seulement en raison des arriérés de contributions (668 millions de dollars pour le budget ordinaire et 661 millions de dollars pour les opérations de maintien de la paix) mais encore en raison de nouvelles responsabilités qui lui ont été confiées en matière de maintien de la paix. Le manque de liquidités a conduit à faire appel au fonds de roulement, à utiliser le compte spécial, par exemple; la menace d'insolvabilité n'est pas écartée.

Il serait intéressant de savoir comment l'ONU juge cette situation en général et d'entendre ses prévisions tant en matière d'amélioration éventuelle du budget ordinaire que pour les activités de maintien de la paix.

## 3. La participation de la Suisse aux frais administratifs de l'ONU

En 1988, la DOI a, d'entente avec l'Administration fédérale des finances, négocié avec le Secrétariat de l'ONU l'établissement d'un forfait qui faciliterait le financement de notre participation aux frais administratifs de l'ONU. Ce forfait a été fixé à 30 % de notre contribution hypothétique.

La 44ème session de l'Assemblée générale devrait accepter, à travers les débats dans le cadre de la 5ème Commission, les recommandations du Comité des contributions qui déterminent les montants forfaitaires aux frais administratifs dus par tous les pays non-membres.

Nous nous félicitons de la solution qui a été trouvée, car elle assure une participation plus juste de notre pays aux frais administratifs des services de l'ONU dont nous avons



bénéficié, d'une part, car elle simplifie les procédures administratives de l'ONU et de la Suisse, d'autre part.

Il serait utile de savoir comment le Secrétariat évalue les chances de succès des recommandations du Comité des contributions devant la 44ème session de l'Assemblée générale.

(cf. en annexe, les informations détaillées sur les frais administratifs et les problèmes découlant de la modification de la pratique existante).

4. Processus de remboursement des frais dans le cadre des opérations du GANUPT

Il est prévu, selon les directives établies par les Nations Unies et le projet d'échange de note entre la Suisse et l'ONU, que l'Organisation participera aux frais engendrés par les opérations du GANUPT en versant un forfait par personne envoyée par la Suisse en Namibie, ainsi qu'en contribuant aux frais de matériels mis à disposition et de transports.

Il est prévu que l'on procédera à l'échange de note, cité en exerque, avant la fin de l'année.

Il s'agirait de se faire expliquer les procédures concrètes des modalités de remboursement, y compris le calendrier de leur déroulement.

(cf. : note relative aux entretiens avec M. Goulding)

o.714.0 - REA/SMA

Bern, 27. September 1989

Besuch von Botschafter Jean-Pierre  
Keusch in den Vereinigten Staaten  
vom 6. bis 13. Oktober 1989

Treffen mit dem Exekutivdirektor der  
UNITAR, Michel Doo Kingué: Gesprächspunkte

a) Grundsätzliches

Nach grossen finanziellen Schwierigkeiten, die das Institut nahe an die Auflösung führte, scheint die UNITAR - dank eines Gebäudeverkaufes - bis auf weiteres saniert zu sein.

Die UNITAR ist Eigentümerin des Gebäudes, in dem sie in New York untergebracht ist, während sie sich im Besitz des dazugehörenden Grundstückes mit einem zweiten Eigentümer teilt. Nach langen Verhandlungen konnte die UNITAR das Grundstück erwerben und somit den Verkauf der gesamten Liegenschaft ins Auge fassen. Sollte diese Transaktion gelingen, dürfte das Institut künftig - nach der Rückzahlung der Schulden an die UNO - einen Reservefonds in der Höhe von 5,5 Mio Dollars anlegen, dessen Zinsen jährlich 700'000 Dollar einbringen und die für das ordentliche Budget verwendet werden können. Diese Transaktion dürfte in der ersten Hälfte 1990 abgeschlossen sein.

b) Konkrete schweizerische Anliegen

- Angesichts der finanziell hoffnungsvolleren Zukunft der UNITAR sind wir, nach Absprache mit der DEH, der Meinung, den vom Bundesrat gutgeheissenen schweizerischen Beitrag

für 1990 in der Höhe von 180'000 Franken an der Ankündigungskonferenz am Rande der UNO-Generalversammlung anfangs November bekanntzugeben und die Auszahlung zu Beginn 1990 vorzunehmen. Wir bitten Sie, dies dem Exekutivdirektor mitzuteilen.

- Ende Jahr läuft das Mandat von Herrn Botschafter Muheim als Mitglied des Verwaltungsrates der UNITAR aus. Abgestützt auf Kontakte, die Sie mit letzterem sowie mit Herrn Botschafter Chenaux-Repond hatten, wird die Schweiz kein Interesse für ein neues Mandat manifestieren.
  
- Schliesslich legen wir Wert darauf, dass die Rolle des Genfer UNITAR-Büros aufrechterhalten bleibt, das der einzige Schweizer Mitarbeiter der UNITAR, Herr Boisard, leitet. Anlässlich der letzten Ratstagung konnte letzterer den Mitgliedern des Verwaltungsrates in eindrucklicher Art und Weise die Leistungen des Europabüros darlegen. Doo Kingué sollte ausdrücklich auf unser Interesse an diesem Büro hingewiesen werden.

o.714.0 - HER/SMA

Bern, 26. September 1989

Besuch von Botschafter Jean-Pierre Keusch  
in den Vereinigten Staaten  
vom 6. bis 13. Oktober 1989

Treffen mit dem Chef der amerikanischen UNO-Mission,  
Pickering, und mit dem Beigeordneten Staatssekretär für  
internationale Organisationen, Bolton: Gesprächspunkte

1. Weiterentwicklung der Regionalkonflikte und friedenserhaltende  
Aktionen

Es empfiehlt sich, einen Gedankenaustausch über dieses Thema zu pflegen. Im Vordergrund stehen Namibia, Iran/Irak, Westsahara, Kambodscha und Zentralamerika. Unter Hinweis auf die schweizerische Beurteilung der Lage in diesen Konflikten und auf unsere laufenden oder beabsichtigten Leistungen auf dem Gebiet friedenserhaltender Aktionen wäre es interessant, eine amerikanische Einschätzung der weiteren Entwicklung in diesen Konflikten im Lichte der Schlichtungsbemühungen der Vereinten Nationen zu erhalten.

2. Status der PLO und "Palästinas"

Die diplomatischen Vorstösse der PLO zur Verbesserung ihres Status im Rahmen internationaler Organisationen und Konventionen sind noch nicht abgeschlossen. So wird sich die laufende Session der UNO-Generalversammlung wieder der Palästina-Frage widmen. Bekanntlich fand die entsprechende letztjährige Debatte aufgrund der amerikanischen Weigerung, Yassir

Yassir Arafat ein Einreisevisum zu gewähren, in Genf statt. Offenbar liegt nun im State Department erneut ein Einreisege-such Arafats vor. Zweifellos wird ein diesbezüglicher Entscheid auf der Stufe von Präsident Bush fallen.

Weiter wird die UNESCO-Generalversammlung über die ihm vom Exekutivrat unterbreitete Lösung bezüglich des palästinensischen Beitrittsbehrens zu befinden haben. Schliesslich ist anzunehmen, dass sich die Weltgesundheitsorganisation im Frühjahr 1990 erneut über diese Frage aussprechen muss, da sie bekanntlich die Angelegenheit dieses Jahr nur verschoben hat. Dieser Entscheid dürfte weichenstellende Bedeutung haben, da er das Verfahren in andern Organisationen, die ebenfalls Verschiebungsbeschlüsse gefasst haben, beeinflussen wird.

### 3. Status der Schweiz als UNO-Nichtmitglied

Gegenüber den amerikanischen Gesprächspartnern ist unsere Sorge zum Ausdruck zu bringen, unseren Status und die sich daraus ergebenden Mitwirkungsrechte in der UNO-Hauptorganisation - aber auch bezüglich der Stellung unserer Mission im Gaststaat USA - zumindest behaupten zu können. Es sollte vermieden werden, dass Nichtmitgliedstaaten aufgrund der Restriktionen gegenüber dem Beobachter der PLO in Mitleidenschaft gezogen werden. So liegt uns insbesondere daran, an Diplomatischen Konferenzen - wie beispielsweise an der bevorstehenden Umweltkonferenz von 1992 und an internationalen Kodifikationskonferenzen - vollberechtigt mitwirken zu können.

Ferner möchten wir an Veranstaltungen der UNO-Generalversammlung zumindest in den Vorbereitungsorganen und in den Ausschüssen weiterhin das Wort ergreifen. In der Generalversammlung streben wir an, den Präzedenzfall der Sondersession über Abrüstung aus dem Jahre 1988, wo wir im Plenum eine Erklärung abgaben, auch auf ähnliche künftige Veranstaltungen auszudehnen. Dies betrifft insbesondere die Wirtschaftssondersession im April 1990.

#### 4. Finanzielle Lage der Vereinten Nationen und amerikanische Beitragszahlungen

Die Schweiz legt Wert darauf, dass die Mitglieder einer Organisation ihre statutarischen Beitragsverpflichtungen vollumfänglich erfüllen. So nehmen wir mit Befriedigung davon Kenntnis, dass seitens der amerikanischen Administration die Absicht besteht, die Zahlungsrückstände gegenüber internationalen Organisationen gutzumachen. Diese belaufen sich hinsichtlich des regulären UNO-Budgets auf 470 Millionen Dollar und der Beiträge an friedenserhaltende Aktionen auf 254 Millionen Dollar.

Es wäre interessant, von den amerikanischen Gesprächspartnern zu erfahren, wie sie die generelle Finanzlage der UNO beurteilen und ob sie davon ausgehen, dass der Kongress in nützlicher Frist der Bezahlung der amerikanischen Rückstände zustimmen wird.